



BRANCHENVERBAND
CANNABISWIRTSCHAFT E.V.

Wahlprüfsteine & Programme zu den Landtagswahlen in Brandenburg 2024

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 45

Inhalt

1. Tabellarische Übersicht.....	3
2. Fragen und Antworten.....	4
1. Forschungsförderung	4
2. Weitere Förderungen	5
3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen	6
4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD).....	7
5. Modellprojekte für Genusscannabis erlauben	9
6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland	10
7. Initiativen.....	11
3. Auszüge aus den Wahlprogrammen	14

Impressum:

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.
(BvCW)

Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin

Verantwortlich: Jürgen Neumeyer

Band: 45 Wahlprüfsteine & Programme zu den Landtagswahlen in Brandenburg 2024 - Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.

Redaktionsschluss: 18.09.2024



1. Tabellarische Übersicht



1. Forschungsförderung								
2. Weitere Förderungen								
3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen								
4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)								
5. Modellprojekte für Genusscannabis erlauben								
6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland								
7. Initiativen							Aktuell nicht im Landtag vertreten	Aktuell nicht im Landtag vertreten

2. Fragen und Antworten

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potentialen von Hanf (medizinisch, Nutzhanf, Baustoff, Lebensmittel, Cannabinoide, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?



Hanf ist eine vielseitig einsetzbare Nutzpflanze. Durch das jahrzehntelange Nutzhanfverbot und die vielschichtigen Beschränkungen blieb die Forschung auf diesem Gebiet jedoch hinter den Möglichkeiten und Potenzialen zurück. Wir haben deshalb bereits in den vergangenen Jahren gefordert, die Einrichtung von Förderprogrammen für die Erforschung von Potentialen zu prüfen. Wir werden uns auch in Zukunft für eine Ausweitung von Forschungskapazitäten stark machen.



Wir setzen uns für die Forschungsförderung zu den Potentialen von Hanf in medizinischer Hinsicht ebenso ein wie für eine wirtschaftliche Nutzung (Nutzhanf und auch Baustoff). Die weiteren Forschungsfelder zu Hanf als Lebensmittel, Genussmittel und den sog. Green Deal lehnen wir vollständig ab.



Drogen zum Freizeitkonsum lehnen CDU und CSU entschieden ab. Im Gegensatz dazu steht die kontrollierte Abgabe von Cannabis zum medizinischen Gebrauch. Zielgerichtete Maßnahmen, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit hochreinen Cannabisarzneimitteln sicherzustellen, unterstützen wir. Zusätzlich wollen wir erforschen lassen, wie der Nutzen von medizinischem Cannabis weiter erhöht werden kann – zum Wohle von Schmerzpatienten. Die vielfältigen und nachhaltigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf bei der Textil- und Papierherstellung, in der Bauindustrie etc. sollen im Rahmen der Entwicklung der Bioökonomie in der EU weiter erforscht und entwickelt werden.



Wir sehen große Potentiale für den Hanfanbau in Brandenburg. Aus diesem Grund hat die Regierungskoalition unter grüner Beteiligung im Jahr 2021 einen Landtagsbeschluss gefasst, um die Potenziale des Nutzhanfs auszuschöpfen. Diese alte Kulturpflanze ist für unsere Brandenburger Böden gut geeignet und besticht durch ihren guten ökologischen Fußabdruck und ihre vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten. Insbesondere als Faserrohstoff im Bereich nachhaltiges Bauen wollen wir Wertschöpfungsketten fördern. Die Kompetenzstelle für nachhaltiges Bauen, die wir etabliert haben, wird dafür sorgen, dass Nutzhanf als Baumaterial größere Bekanntheit gewinnt. In der Bioökonomiestrategie des Landes und im Klimaplan spielt Hanf ebenfalls eine wichtige Rolle.



Forschungsförderung soll dort ansetzen, wo sich die Entwicklung von neuen Verfahren und Produkten wirtschaftlich (noch) nicht lohnt, aber im gesellschaftlichen Interesse ist. So wurden beispielsweise in der Vergangenheit die Entwicklung von Verarbeitungs- und Verwertungsmöglichkeiten für Nutzhanf gefördert. Das möchten wir fortsetzen.



Auch wenn zurzeit sehr viel über Cannabis im medizinischen Bereich diskutiert wird, hat die Pflanze noch deutlich weitere Verwendungsmöglichkeiten. So wird die Hanfpflanze im Bereich der Bekleidung oder auch im Bausektor verstärkt eingesetzt. Aus unserer Sicht wäre die Hanfpflanze vor allem als Dämmmaterial gut geeignet und wird nun auch verstärkt eingesetzt. Hanf ist also unabhängig von der medizinischen Verwertbarkeit vielseitig nutzbar. Das Potential gilt es weiterhin zu erforschen. Aus unserer Sicht macht hierfür allerdings nur eine bundeseinheitliche Förderung Sinn. Daher begrüßen wir, dass der Bund Industrieaufforschung mit 3,1 Millionen Euro fördern möchte.

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. Medizinalcannabis hat sich als wirksames Arzneimittel bei unterschiedlichen Krankheitsbildern gezeigt – und es werden nach wie vor neue Wirkungsbereiche entdeckt. Es wird zur Behandlung von Migräne, chronischen Schmerzen oder auch Anfallsleiden sowie im palliativen Bereich genutzt. Die Hanfpflanze wird außerdem seit Jahrtausenden als Rohstoff im Bereich Bekleidung, Nahrung oder auch im Bau genutzt. Hanf ist schnellnachwachsend, bindet viel CO₂ und hat eine positive Fruchtfolge Wirkung. Gerade für nachhaltigen und schnellen Bau (Dämmmaterial) ist Hanf ideal. Dieses vielfältige Potential wollen wir nutzen. Wir unterstützen daher eine intensivere Forschung zu Anbau- und Züchtungsoptionen, da derzeit in Deutschland nur wenig eigenes Saatgut für Nutzhanf hergestellt wird. Auch die Nutzung von Hanf soll stärker erforscht werden.



Wir setzen uns für die Erforschung der medizinischen Anwendung von Cannabinoiden, insbesondere zur Behandlung von chronischen Schmerzen und unheilbaren Erkrankungen, ein. Zudem fördern wir die Verwendung von Hanf als nachhaltigen Bau- und Dämmstoff (Hanfkalk) sowie Projekte zur stofflichen Nutzung von Hanf und Analyse von Marktpotenzialen. Wir unterstützen die Forschung zur nachhaltigen Produktion und Nutzung von Hanf als Lebensmittel und Genussmittel.

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf (z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO₂-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien) werden Sie sich einsetzen?



Ergänzend zu den Ausführungen bei Frage 1 wollen wir betonen, dass die Regierungsfractionen 2021 die Landesregierung aufgefordert haben, die Einrichtung von Förderprogrammen für Forschung zu prüfen. Mit diesen sollen insbesondere die Investitionen in Schlüsseltechnologien der Nutzhanfernte und Nutzhanfverarbeitung zu industrietauglichen Halbzeugen gefördert werden. Zu dieser breiten Forschungsförderung stehen wir weiterhin.



Wie innerhalb der Beantwortung zu der Frage 1 bereits ersichtlich ist, sind wir für eine wirtschaftliche und medizinische Nutzung von Hanf, die auch für spezifische sinnvolle Bereiche gesondert unterstützt werden könnte. So werden wir weiterhin die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten im Blick haben. Aber wie auch in vielen anderen Bereichen werden durch die EU erhebliche Hürden zu Lasten der regionalen Unternehmen aufgestellt, die es zu überwinden gilt.



Siehe Antwort zu Frage 1.



In der aktuellen Legislaturperiode haben wir bereits viele Maßnahmen ergriffen, um die Potentiale von Hanf zu fördern. Als Ergebnis hat sich die Anbaufläche für Nutzhanf von 464 ha im Jahr 2021 auf 1480 ha im Jahr 2024 erhöht, die Zahl der Anbauer von 24 auf 43. Das Umweltministerium unter grüner Führung hat verschiedene Förderrichtlinien aufgelegt, die Anbau, Verarbeitung, Beratung und Vernetzung der Akteure unterstützen. Diese Förderrichtlinien werden wir in einer nächsten Legislaturperiode fortsetzen und ausbauen.

DIE LINKE.

Eine Reihe der genannten Maßnahmen können bereits über vorhandene Förderrichtlinien unterstützt werden – beispielsweise der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Investitionsmaßnahmen. Das möchten wir fortsetzen und dabei nachhaltige Produktionsverfahren besonders unterstützen. Ergänzend befürworten wir eine Förderrichtlinie, die den Einbau CO₂-bindender Materialien bei Bauvorhaben unterstützt, wie das beispielsweise in Bayern der Fall ist. Davon würden auch Baumaterialien aus Nutzhanf profitieren.



Da wir als BVB / FREIE WÄHLER ausschließlich im Land Brandenburg tätig sind, werden wir uns für eine Landesförderung nicht einsetzen. Wie bereits oben beschrieben, muss die Forschung rund um das Thema Cannabis aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden, da es ein länderübergreifendes Thema ist.



Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. Medizinalcannabis hat sich als wirksames Arzneimittel bei unterschiedlichen Krankheitsbildern gezeigt – und es werden nach wie vor neue Wirkungsbereiche entdeckt. Es wird zur Behandlung von Migräne, chronischen Schmerzen oder auch Anfallsleiden sowie im palliativen Bereich genutzt. Die Hanfpflanze wird außerdem seit Jahrtausenden als Rohstoff im Bereich Bekleidung, Nahrung oder auch im Bau genutzt. Hanf ist schnellwachsend, bindet viel CO₂ und hat eine positive Fruchtfolge Wirkung. Gerade für nachhaltigen und schnellen Bau (Dämmmaterial) ist Hanf ideal. Dieses vielfältige Potential wollen wir nutzen. Wir unterstützen daher eine intensivere Forschung zu Anbau- und Züchtungsoptionen, da derzeit in Deutschland nur wenig eigenes Saatgut für Nutzhanf hergestellt wird. Auch die Nutzung von Hanf soll stärker erforscht werden.



Die Nutzung von Hanf als Dämmstoff bietet viele Vorteile, wie Resistenz gegen Schädlingsbefall und Schimmel. Anbauprämien für Nutzhanf können den Anbau attraktiver machen und regionale Wertschöpfungsketten stärken, was die lokale Wirtschaft und Arbeitsplätze fördert. Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen steigern die Effizienz der Hanfproduktion. Hanf als Baumaterial speichert CO₂ und trägt zum Klimaschutz bei. Zudem benötigt Hanf weniger Pestizide und Wasser und fördert die Bodengesundheit.

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekur- und Rezepturzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



Bundesweit einheitliche Regelungen sind grundsätzlich sinnvoll. Sie können ein gerechtes Zusammenleben in einem föderalen System fördern. Dies setzt aber die entsprechende Bereitschaft in Bund und Ländern voraus. Wir würden eine entsprechende Vereinheitlichung der Regularien begrüßen, damit der Umgang für alle Beteiligten möglichst transparent und einfach ist.



Im Bereich der medizinischen Nutzung von Cannabis sollten weitere Forschungen betrieben und die Ergebnisse ausgewertet werden. Eine bundesweit vereinheitlichte Regulierung in diesem Bereich erscheint sinnvoll, da die föderale Arzneimittelüberwachung in Deutschland derzeit Cannabis-Zubereitungen und Cannabis-Blüten nicht einheitlich kategorisiert und bisher lediglich in Oberbayern die Einstufung im Sinne der Fragestellung erfolgt.

CDU CSU

Siehe Antwort zu Frage 1.



Wir befürworten eine einheitliche Regulierung und entsprechende Verfahrensweisen und setzen uns dafür ein.

DIE LINKE.

Eine bundeseinheitliche Regelung zu Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis unterstützen wir ausdrücklich und werden uns dementsprechend einsetzen.



Cannabis zu medizinischen Zwecken wird zukünftig im MedCanG geregelt. Die dafür zuständige Behörde ist zunächst das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte. Allerdings unterliegt der Verkehr mit medizinischem Cannabis bei Ärztinnen, Ärzten und in Apotheken den Regelungen und der Überwachung der jeweiligen Landesbehörden. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Diese unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern führen aus unserer Sicht zum zu einer Verzerrung des Wettbewerbs, zu unterschiedlichen Anforderungen an die Qualität und zu Rechtsunsicherheit. Aus unserer Sicht bedarf es bei Cannabisblüten mit der bestimmungsgemäßen Abgabe als medizinisches Cannabis in Apotheken an Patientinnen und Patienten einer bundeseinheitlichen Regelung. Dies gilt auch für die verarbeiteten Blüten, die sodann als Extrakte gewertet werden. Es sollte abschließend geklärt werden, dass auch diese Produkte als Arzneimittel definiert werden.



Wir haben in Regierungsverantwortung bereits durch die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums einen längst überfälligen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik vollzogen. Wir Freie Demokraten haben eine kontrollierte Freigabe von Cannabis schon lange befürwortet und uns dafür eingesetzt, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Im Zuge der Entkriminalisierung von Cannabis wurde Medizinalcannabis richtigerweise aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen und es wurden bessere Möglichkeiten für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland geschaffen. Wir sind bestrebt, diesen Kurs fortzusetzen.



Ein einheitlicher Rahmen könnte auch die Verschreibung und Kostenerstattung von medizinischem Cannabis erleichtern, was den Zugang für Patientinnen und Patienten verbessert.

4. Rechtssicherheit Cannabinoide (z.B. CBD)

Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Landtagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?



Im Zusammenhang mit Cannabis ist aus unserer Sicht wichtig, dass einerseits die unverhältnismäßige Kriminalisierung von Konsumenten verhindert wird und andererseits aber der Jugendschutz sowie gesundheits- und kriminalpolitische Ziele weiterhin gewährleistet sind. Diese Überlegungen fließen für uns in die Gestaltung des rechtlichen Rahmens ein. Zudem begrüßen wir, dass der Bund die Legalisierung mit mehreren Millionen Euro begleitet, um Informations-, Aufklärungs- und Präventionsangebote leisten zu können. Um Rechtssicherheit für alle Beteiligten im Umgang mit Cannabinoiden gewährleisten zu können, sollten alle Möglichkeiten – auch die Grenzwertfindung – intensiv erörtert werden.



Zu der Frage des Umganges mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden (z.B. CBD, CBG, CBN) wird auf die vorstehenden Antworten zu medizinischem Cannabis verwiesen. So wird z.B. CBD eine entzündungshemmende, antibakterielle, antiepileptische, angstlösende und antipsychotische Wirkung nachgesagt, die jedoch am Menschen noch nicht abschließend belegt sein soll. Entsprechende Nahrungsergänzungsmittel dürfen daher nicht mit entsprechenden Aussagen werben und zudem darf bei CBD-Produkten der THC-Gehalt nicht mehr als 0,2 % betragen. Dort, wo medizinische Wirkungen nachgewiesen sind, ist eine Verwendung daher sinnvoll. Inwieweit die derzeitigen gesetzlichen Regelungen anzupassen sind, kann aus unserer Sicht derzeit nicht abschließend bewertet werden. Zudem sind auch in diesem Bereich Einschränkungen durch die EU vorhanden, wie u.a. die sog. Novel Food Verordnung der EU, worin Cannabinoide wie CBD mit aufgenommen worden sind.



Wir beobachten die europäische und wissenschaftliche Debatte zur Verkehrsfähigkeit von aus Nutzhanf hergestellten Produkten aufmerksam. Dabei steht für uns die Sicherheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Mittelpunkt



Grundsätzlich sollten nicht-psychoaktive Cannabinoide gehandelt werden dürfen. Voraussetzung dafür ist, dass sie eindeutig nicht-psychoaktiv sind und eine entsprechende Aufklärung erfolgt. Die Definition eines Grenzwertes ist zu begrüßen und die Grenzwertfindung werden wir politisch unterstützen.



DIE LINKE hat im Bundestag eine Forderung nach Anhebung der Toleranzgrenze für den Cannabiskonsum im Straßenverkehr von derzeit 1,0 Nanogramm THC pro Milliliter Blutserum (ng/ml) auf 3 bis 10 ng/ml – entsprechend der 0,5-Promille-Grenze bei Alkohol – erhoben. Dafür setzen wir uns im Land Brandenburg ein. Für den Handel ist eine Grenzwertfindung sinnvoll.



Dazu bedarf es einer bundeseinheitlichen Regelung. Um Rechtssicherheit für die Verbraucher als auch für die Anbieter zu schaffen, bedarf es unseres Erachtens einer zeitnahen Festlegung eines Grenzwertes, um einen sicheren Handel zu ermöglichen. Zudem bedarf es auch hier einer umfassenden Aufklärung im Umgang mit diesem Mittel.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ein sicherer Umgang mit Cannabinoiden gewährleistet werden kann.



Nicht-psychoaktive Cannabinoide bieten potenzielle gesundheitliche Vorteile wie entzündungshemmende, schmerzlindernde und angstlösende Eigenschaften. Ein klarer Rechtsrahmen mit festgelegten Grenzwerten könnte die Sicherheit und Qualität der Produkte gewährleisten und den Verbraucherschutz stärken. Einheitliche Regelungen würden Rechtssicherheit für Hersteller und Händler schaffen, was den Handel erleichtert. Allerdings erfordert die Implementierung erhebliche Ressourcen und könnte kleinere Unternehmen benachteiligen. Experten befürworten die Festlegung von Grenzwerten, um die Produktsicherheit zu gewährleisten.

5. Modellprojekte für Genusscannabis erlauben

Die Bundesregierung möchte mit ihrer Cannabis-Reformpolitik den legalen Verkauf von Genusscannabis in lizenzierten Verkaufspunkten bzw. Fachgeschäften ermöglichen und so den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Befürworten Sie hierzu eine Zustimmung Ihres Bundeslandes im Bundesrat?



Für uns ist klar, alles muss sicher und sauber sein. Der legale Verkauf in lizenzierten Fachgeschäften kann hierbei ein wichtiges Instrument sein. Wir stehen daher dem Vorschlag sehr offen gegenüber und befürworten Initiativen, die den Schwarzmarkt zurückdrängen. Ob Brandenburg im Bundesrat zustimmt, können wir zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht abschließend beantworten.



Wir sind sowohl aus gesundheits- als auch justizpolitischen Gründen gegen die aktuell durch die sog. Ampel-Bundesregierung aus SPD, FDP und Grünen betriebene „Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken“. Daher würden wir sowohl im Bundesrat als auch auf allen Ebenen (u.a. Justizministerkonferenz) eine Ablehnung der aktuellen „Reformpolitik“ betreiben. Eine Entkriminalisierung auf der einen Seite für Gelegenheitskonsumenten lässt jedoch außer Acht, dass für gerade Jugendliche und auch junge Erwachsene bis 25 Jahren ein erhebliches Gesundheitsrisiko besteht und die organisierte Kriminalität keineswegs eingeschränkt, sondern sogar noch ausgeweitet wird.



Wir lehnen den Konsum von Cannabis lediglich als Genussmittel ab. Daher werden wir uns nicht für Modellprojekte für Genusscannabis einsetzen. Eine Zustimmung Brandenburgs im Bundesrat befürworten wir nicht.



Wir befürworten eine kontrollierte Abgabe in lizenzierten Verkaufspunkten, um Jugend- und Gesundheitsschutz stärker durchsetzen zu können und wir stehen hinter dieser zweiten Säule des Konsumcannabisgesetzes. Die Modellprojekte bieten die Gelegenheit, verschiedene Abnahmemodelle zu erproben. Wichtig ist, dass die Notifizierung durch die EU wie geplant erfolgt.



Nein, die Bundesregelung halten wir für richtig; sie sollte nicht von einer Zustimmung der Bundesländer und damit der Landesregierung abhängig gemacht werden.



Grundsätzlich wird dieses Anliegen von BVB / FREIE WÄHLER befürwortet. Eine Zustimmungsempfehlung hängt von der konkreten Gestaltung des Inhalts des Gesetzes ab



Ja. Wir Freie Demokraten treten für eine kontrollierte Freigabe von Cannabis ein. Mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Mit der von uns erreichten Teil-Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis haben wir die erste Säule des sogenannten Zwei-Säulen-Modells realisiert. Nun müssen in einem zweiten Schritt auch regionale Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten ermöglicht werden, damit die Produktion, der Vertrieb und die Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Fachgeschäften in einem lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmen erfolgen kann.



Die Legalisierung und der Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften könnten den illegalen Handel eindämmen und den Zugang zu regulierten, geprüften Produkten ermöglichen. Dies würde das Risiko von Verunreinigungen verringern und erhebliche Steuereinnahmen generieren. Zudem würde die Entkriminalisierung den Justizapparat entlasten. Eine Bestrafung der Konsumenten ist oft nicht zielführend, daher sollte die gesundheitliche Aufklärung verstärkt werden. Strenge Alterskontrollen, Werbeverbote wie in der Alkohol- und Tabakindustrie und Aufklärungskampagnen sollen den Zugang für Jugendliche erschweren.

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellregionen für Genusscannabis und / oder entsprechende Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen oder Kommunen und Landkreise zur Teilnahme ermuntern?



Über die konkrete Ausgestaltung und damit auch die Möglichkeit als Modellregion kann zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbare Aussage getroffen werden. Allerdings befürworten wir grundsätzlich Modellprojekte, um praktische Erfahrungen vorab zu sammeln. Es wird jedoch immer eine enge Abstimmung mit den Kommunen und Landkreisen geben, schließlich führen solche Regelungen zu erheblichen Belastungen für kommunale Behörden. Den bisherigen Erfahrungen nach kam das bei der aktuellen Gesetzgebung in diesem Bereich zu kurz.



Wie bereits in Beantwortung zu der Frage 5 ausgeführt, sind wir gegen „Modellprojekte für Genusscannabis“, so dass diese weder in der Bundesrepublik noch in einem der 16 Bundesländer befürwortet werden. Anstatt positive Aspekte in irgendeiner Hinsicht zu erzielen, führt die Legalisierung von Cannabis zu einem Anwachsen des Schwarzmarktes und der organisierten Kriminalität, da weiterhin im Rahmen der organisierten Kriminalität Handel mit diesen und weiteren Substanzen betrieben wird.



Wir lehnen den Konsum von Cannabis lediglich als Genussmittel ab. Daher werden wir uns nicht für Modellprojekte für Genusscannabis einsetzen.



Bundesweit haben schon viele Kommunen Interesse signalisiert, Modellregion zu werden. Wir würden es begrüßen und unterstützen, sollten sich einzelne Kommunen in Brandenburg dazu entscheiden, eine Modellregion zu werden.



Ja, wir würden befürworten, dass im ganzen Land Brandenburg Modellregionen für Genusscannabis ermöglicht werden könnten, eine solche Entscheidung sollte nicht von kommunalen Mehrheiten abhängen. Mehrere linke Fraktionen haben bereits solche Anträge auf kommunaler Ebene gestellt.



Sofern die konkreten Inhalte des Gesetzes vor allem dem Schutzgedanken gegenüber den Jugendlichen und Kindern genügt, sollten derartige Modellprojekte bundesweit, also auch im Land Brandenburg, durchgeführt werden.



Wir wollen in Brandenburg Modellregionen für Genusscannabis ermöglichen. Inwiefern sich die Kommunen daran beteiligen, überlassen wir ihnen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.



Ja. Brandenburg kann aufgrund seiner oftmals leichten Böden eine gute Anbauregion werden und dadurch Jobs und Steuereinnahmen generieren. Dies gilt aber nicht nur für Genusscannabis. Legale Verkaufsstellen könnten den illegalen Handel mit Cannabis eindämmen und der organisierten Kriminalität einen Teil ihrer Einnahmequelle entziehen und die Entkriminalisierung von Konsumenten könnte das Justizsystem entlasten und Ressourcen für andere Aufgaben freisetzen.

7. Initiativen

Welche Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode zum Thema Hanf / Cannabis?



Wir haben gemeinsam mit den Koalitionspartnern den Antrag mit dem Titel „Die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale des Nutzhanfanbaus in Brandenburg ausschöpfen“ auf den Weg gebracht. Dieser Antrag wurde am 28. April 2021 im Landtag beschlossen und ist in der Parlamentsdokumentation unter der [Drucksache 7/3198](#) zu finden. Den ganzen Vorgang finden Sie unter folgendem Link: ELVIS | Parlamentsdokumentation (brandenburg.de)



Anträge:

- Antrag (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 17.08.2021 zu „Schaffung einer Projektgesellschaft ‚Wirtschafts-, Forschungs- und Fachzentrum Industriepark Elbe-Elster‘“ - [Drucksache 7/4058](#) (3 S.)
- Antrag (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 11.01.2022 zu „Großflächigen Anbau von Nutzhanf durch Legalisierung des Anbaus erleichtern - regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsansätze fördern“ - [Drucksache 7/4878](#) (2 S.) [Redaktionelle Anmerkung: Der Antrag wurde laut Parlamentsdokumentation zurück gezogen]
- Antrag (AfD-Bundestag) v. 17.10.2023 zu „Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken aufgeben und eine wissenschaftliche Nutzenbewertung von Medizinalcannabis analog zum Arzneimittelrecht einleiten“ – [Drucksache 20/8869](#)
- Änderungsantrag (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 21.02.2024 zu Antrag (Linke) zu „Regionale Wertschöpfung mit Nutzhanf erleichtern und unterstützen“ - [Drucksache 7/9271](#) (1 S.)
- Antrag (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 12.03.2024 - [Drucksache 7/9380](#) (3 S.)

Anfragen:

- [Mündliche Anfrage Nr. 2272](#) Dr. Daniela Oeynhaus (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 18.06.2024 Drucksache 7/9783 Neudruck (S. 19) – Antwort Landesregierung v. 19.06.2024
- [Mündliche Anfrage Nr. 1587](#) Dr. Daniela Oeynhaus (AfD-Fraktion Brandenburg) v. 21.03.2023 Drucksache 7/7410 Neudruck (S. 11) – Antwort Landesregierung v. 23.03.2023



Die Initiativen der CDU-Landtagsfraktion drehten sich vor allem um die bürokratischen Folgekosten des Cannabisgesetzes sowie die Auswirkungen auf die Schule. Genaueres entnehmen Sie bitte der öffentlich zugänglichen Parlamentsdokumentation.



Landtagsantrag vom März 2021 „Die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale des Nutzhanfanbaus in Brandenburg ausschöpfen“ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3100/3198.pdf

Rede von der Abgeordneten Isabell Hiekel zur Unterstützung und Erleichterung der Wertschöpfung von regionalem Nutzhanf <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/regionale-wertschoepfung-mit-nutzhanf-erleichtern-und-unterstuetzen-240222>

Landtagsantrag vom November 2021 „Eine Bioökonomie-Strategie für Brandenburg“ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_4400/4495.pdf

Reden von dem Abgeordneten Benjamin Raschke zur Entkriminalisierung von Cannabis <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/kriminalisierung-beenden-bis-zu-einer-bundesweiten-regelung-cannabisbezug-und-anbau-fuer-den-eigenen-bedarf-nicht-weiter-kriminalisieren>

Sommertour des Abgeordneten Clemens Rostock 2023 – Diskussionsrunde zu Hanfkalk und Klimahanf in Wittstock <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/clemens-rostock-2>

Sommertour der Abgeordneten Ricarda Budke 2020 – Besuch von Hanffaser Uckermark Eg; Prenzlau, und bioformtex GmbH, Zehdenick <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/klimafreundliches-bauen-und-wohnen>

Bioökonomie Fachgespräch im Umweltausschuss – Statement von der Abgeordneten Isabell Hiekel <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/presse/pressemitteilungen/2021/statement-zum-biooekonomie-fachgesprach-im-umweltausschuss>

Pressemitteilung des Abgeordneten Benjamin Raschke zum Cannabisgesetz auf Bundesebene <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/presse/pressemitteilungen/2024/wichtiger-schritt-richtung-zukunft>

Pressemitteilung des Abgeordneten Benjamin Raschke zum Abstimmungsverhalten von Ministerpräsident Woidke im Bundesrat <https://gruene-fraktion-brandenburg.de/presse/pressemitteilungen/2024/statement-zum-abstimmungsverhalten-von-ministerpraesident-woidke-im-bundesrat>

DIE LINKE.

Antrag auf Durchführung eines Fachgesprächs zum Nutzhanfanbau im Agrar- und Umweltausschuss (Dezember 2020): <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/ALUK/16-017.pdf>

Änderungsantrag zu einem Antrag zum Nutzhanfanbau (März 2021): https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3200/3255.pdf

Kleine Anfrage zur Strafverfolgung bei Cannabisdelikten (März 2021): https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3400/3476.pdf

Landtagsantrag Entkriminalisierung Cannabis (Dezember 2021): https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_4200/4253.pdf

Berichtsanhörung im Innenausschuss zur Arbeitsbelastung der Polizei im Zusammenhang mit Cannabis (Dezember 2021): <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/AIK/31-015.pdf>

Antrag auf Berichterstattung zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Nutzhanf (April 2023): <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/ALUK/48-011.pdf>

Öffentliches Fachgespräch im Landtag zum Nutzhanfanbau (Januar 2024): https://www.youtube.com/watch?v=RvPFvHpB_a8

Landtagsantrag „Regionale Wertschöpfung mit Nutzhanf erleichtern und unterstützen (Februar 2024): https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_9100/9156.pdf

Mehrere Mündliche Anfragen zu Nutzhanf und zur Cannabislegalisierung:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/68-055.pdf>

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/86-012.pdf>

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/96-020.pdf>

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/104-006.pdf>

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/105-005.pdf>



Da es sich bei den wesentlichen Fragen rund um dieses Thema um Angelegenheiten des Bundes handelt, haben wir hierzu keine parlamentarischen Initiativen ergriffen. [Anmerkung der Redaktion: Die Freien Wähler haben zudem den Antrag „Die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale des Nutzhanfanbaus in Brandenburg ausschöpfen“ ([Drucksache 7/3198](#)) abgelehnt.



Die Freien Demokraten sind gegenwärtig leider nicht im Landtag von Brandenburg vertreten. Im Rahmen unserer Regierungsarbeit im Bund haben wir aber etwa das Cannabisgesetz auf den Weg gebracht und so für einen echten Paradigmenwechsel in der Cannabispolitik gesorgt. Wir schaffen mehr Kinder-, Jugend- und Gesundheitsschutz und drängen den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität zurück. Die Gesetzgebung wird an die Lebensrealität angepasst und Konsumentinnen und Konsumenten endlich entkriminalisiert. In diesem Rahmen haben wir auch Fortschritte für Medizinalcannabispatienten erzielt: Cannabis wurde als Medizin aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen. Für den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland haben wir so mehr Möglichkeiten geschaffen und neue wirtschaftliche Chancen eröffnet.



Als derzeit noch nicht im Landtag vertretene Vereinigung konnten wir bisher keine entsprechenden Initiativen im Landtag einbringen.



Sonstige Antworten:

[...] vielen Dank für Ihre E-Mail an das Bündnis Sahra Wagenknecht und die darin enthaltenen Wahlprüfsteine. Eine Beantwortung dieser muss ich zum aktuellen Zeitpunkt leider absagen und bitte um Verständnis, dass die Kapazitäten für uns als junge Partei in diesem Wahlkampf noch begrenzt sind. Gerne möchten wir Ihnen aber anbieten, uns Ihre Positionen zuzusenden, um nach der Landtagswahl dazu ins Gespräch zu kommen. [...]

3. Auszüge aus den Wahlprogrammen

Wir haben die Wahlprogramm nach folgenden Schlagworten durchsucht: “Hanf”, “Cannabi” (um sowohl Cannabis als auch Cannabinoide zu erfassen), “Drogen” & “nachwachsende” (Rohstoffe).



Keine Suchtreffer.

Quelle: <https://spd-brandenburg.de/wp-content/uploads/sites/111/2024/06/Regierungsprogramm-SPD-Brandenburg-2024-FINAL.pdf>



“Mit der Freigabe von Cannabis ist zudem zu erwarten, dass die Anzahl der Delikte im Rauschzustand steigen wird. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass Taten unter Einfluss von Alkohol, Cannabis oder anderen Rauschmitteln nicht mehr ohne Weiteres milder geahndet werden. [...] Weiterhin sind unserer Auffassung nach bei Straftaten erlangte Vermögensvorteile beim Täter konsequent abzuschöpfen – dies auch dann, wenn die diesbezüglichen Erkenntnisse erst nachträglich den Behörden zur Verfügung stehen.” S. 28

“Wir wollen eine vorbeugende Gesundheitserziehung fördern und Informationsangebote ausbauen. Durch entsprechende Präventionsprogramme, Förderung des Breitensports und Angebote in Kindergärten und Schulen wollen wir erreichen, dass junge Menschen von vornherein für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung angeregt werden. Dabei wollen wir vernünftige Prioritäten setzen. Alkohol, Zigaretten und Drogen sind im Kindes- und Jugendalter ein größeres Problem als das Schweineschnitzel zum Mittag.” S. 22

Quelle: https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/LTW24_RP.pdf



“Nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Hanf oder Schilf leisten einen wertvollen und nachhaltigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Die Potentiale der Branche zeigen sich schon heute deutlich im seriellen Bauen mit Holz – so wird zur Defossilisierung des Gebäudesektors beigetragen. Auf diese Weise verbindet sich gesundes und sicheres Wohnen mit positiven Folgen für die heimische Kulturlandschaft und für die Wertschöpfung in ländlichen Räumen:

- Umsetzung einer Bioökonomie mit Industrie und Produzenten und Einrichtung eines Innovationsclusters Bioökonomie
- die Leistung von Kohlenstoffsenken und Substitutionseffekte der nachwachsenden Rohstoffe honorieren
- notwendige Anpassung von technischen und baurechtlichen Hürden bei nachwachsenden Rohstoffen” S. 47

“Fortführung einer konsequenten Drogenpolitik und entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalitätsentwicklungen im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung” S. 18

“Märkische Grenzpolizei einrichten [...] Dies betrifft hauptsächlich: [...] Drogen und Schmuggel [...]” S. 16

Quelle: <https://cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/Regierungsprogramm%20LTW%202024.pdf>



“Außerdem wollen wir Wertschöpfungsketten aus landwirtschaftlich erzeugten Faserrohstoffen, wie Hanf und Stroh, für klimafreundliche Isolations- und Baustoffe stärker fördern.” S. 23

“Die ländlichen Räume Brandenburgs sind das Herz unseres Bundeslandes. Dort werden die Fragen unserer Zukunft beantwortet: Wo wird grüner Strom produziert, wo werden regionale Lebensmittel angebaut und verarbeitet oder ökologische Baustoffe wie Holz, Hanf, Stroh, Lehm oder Recyclingmauersteine hergestellt? Auf dem Land. Wenn das gelingen soll, müssen vor Ort die Voraussetzungen stimmen.” S. 126

“Erfolgreiche Polizeiarbeit darf nicht dadurch im Sande verlaufen, dass bei der Kriminaltechnik Personal und Technik fehlen und infolgedessen Akten monate und jahrelang liegenbleiben. Wir wollen daher durch Investitionen in diesen Bereich erreichen, dass die Untersuchung von DNA-Tatortspuren und die chemische Analyse von Stoffen (z.B. vermeintliche Drogen auf deren Wirkstoffgehalt) verlässlich innerhalb eines Monats (in Haftsachen innerhalb einer Woche) erfolgt.” S. 71

Quelle: https://gruene-brandenburg.de/userspace/BB/lv_brandenburg/Landtagswahl_2024/Wahlprogramm_B90DIEGRUENEN_LTW2024.pdf

DIE LINKE.

“2.2.8 Für einen progressiven Umgang mit Sucht und Drogen

Die Teil-Legalisierung von Cannabis hat trotz aller Unzulänglichkeiten in der Umsetzung einen Paradigmenwechsel in der Sucht- und Drogenpolitik eingeleitet, der weiter vorangetrieben werden muss: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Der Wunsch nach Rausch ist seit jeher Bestandteil der Kultur und tief in unserer Gesellschaft verankert, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden verbunden sind. Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen oder moralisch über sie zu urteilen. Unser Ziel ist ein System, das auf Prävention, Aufklärung, Entstigmatisierung und Unterstützung basiert, anstatt auf Strafe und Ausgrenzung. Nur so können wir einen informierten, risikobewussten und verantwortungsvollen Konsum ermöglichen, effektiven Jugendschutz durchsetzen und gleichzeitig einen barrierearmen Zugang zu Hilfe und Beratung schaffen. Wir setzen uns deshalb für Bildungsprogramme ein, die bereits in Schulen beginnen und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Wir wollen Brandenburg zu einem Vorreiter in einem fortschrittlichen, humanen und effektiven Umgang mit dem Thema Sucht und Drogen machen.

In Brandenburg, wie auch in anderen Teilen Deutschlands, zeigt sich ein differenziertes Bild in Bezug auf Sucht und Drogenkonsum. Alkohol- und Tabakmissbrauch sind nach wie vor weit verbreitet, während der Konsum illegaler Drogen – allen Verboten zum Trotz – zunimmt. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg des Missbrauchs von Crystal Meth, vor allem in Grenznähe. Ein weiteres Problem ist die Verfügbarkeit und Qualität von Präventions- und Hilfsangeboten. Obwohl es einige hervorragende Initiativen und Programme gibt, sind diese oft unterfinanziert und erreichen nicht alle Zielgruppen effektiv. Darüber hinaus führt die Stigmatisierung von Suchterkrankungen dazu, dass viele Betroffene zögern, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auch in Brandenburg zeigen sich damit die Folgen einer jahrzehntelangen falschen Drogenpolitik. Mit dem Verbot von Drogen wurden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Weder wurde Drogenhandel verhindert noch eine Verringerung des Konsums erreicht. Vielmehr zeigt sich, dass drogenbezogene Probleme durch die Repression verstärkt wurden: die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der organisierten Kriminalität, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/ Aids und Hepatitis. Zugleich verschlingt die Repression jedes Jahr immense finanzielle Mittel, die für Hilfe und Prävention fehlen.

Unsere Projekte:

- **Verstärkung der Präventionsarbeit:** Wir werden die Präventionsprogramme im Land ausbauen und finanziell absichern. Diese sollen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und alle Altersgruppen ansprechen. Vor allem im schulischen Bereich soll es deutlich mehr Prävention und Aufklärung als bislang geben.
- **Verbesserung der Zugänglichkeit zu Hilfsangeboten:** Unser Ziel sind niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote, die anonym und ohne bürokratische Hürden zugänglich sind. Entsprechende Projekte werden wir unterstützen und durch das Land finanziell fördern.
- **Entstigmatisierung von Suchterkrankungen:** Wir werden Kampagnen zur Aufklärung über Suchterkrankungen etablieren, um das Bewusstsein zu schärfen und Vorurteile abzubauen.
- **Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten:** Unser Ziel ist die Überarbeitung der aktuellen Drogenpolitik hin zu einem Modell, das auf Entkriminalisierung basiert und den Schwerpunkt auf Gesundheit und Prävention legt. Dafür werden wir für häufig gebrauchte Drogen Höchstmengen festlegen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. In diesen Fällen muss die Strafverfolgung durch Beratungs- und Hilfsangebote ersetzt werden. Auf diese Weise werden Mittel frei, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie Präventions- und Hilfsangebote auszubauen.
- **Förderung der Harm-Reduction-Programme:** Wir werden Programme unterstützen, die auf Schadensminimierung abzielen. Konkret setzen wir uns für einen flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien etwa durch Sprizentauschprogramme sowie zur Take-Home-Vergabe von Naloxon, das bei Opioidüberdosierung lebensrettend ist, ein. Wir werden dafür sorgen, dass analysegestützte Präventionsprogramme (Drug Checking) ausdrücklich ermöglicht und durch das Land gefördert werden.
- **Investition in Forschung:** An unseren Brandenburger Hochschulen werden wir interdisziplinäre Forschungsprojekten zu Suchtprävention, Behandlungsmethoden und den sozialen Ursachen von Drogenkonsum mit Landesmitteln unterstützen. Stärkung der sozialen Systeme: Es braucht einen Ausbau sozialer Dienste, die indirekt zur Prävention von Sucht beitragen, wie z.B. Arbeitsplatzsicherung, Bildungsmöglichkeiten und Wohnraumförderung. Damit das gelingt, werden wir mehr Mittel für die soziale Infrastruktur zur Verfügung stellen.
- **Substitutionstherapie für alle Opioidabhängigen ermöglichen:** Wir werden Zugang und die Behandlung vereinfachen, vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir unter anderem mehr Substitutionsärztinnen und -ärzte. Auch die diamorphingestützte Behandlung (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden.“ S. 63 f.

“Chancen des Nutzhanfs nutzen: Nutzhanf bietet unter unseren Klimaverhältnissen gute Chancen für eine besonders boden- und ressourcenschonende Flächenbewirtschaftung, für regionale Wertschöpfung und Klimaschutz. Damit können wir gleichzeitig eine Brandenburger Tradition neu beleben. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Anbau und die regionale Verarbeitung und Vermarktung zu befördern.“ S. 38

“Ökologisch und nachhaltig bauen: Wir wollen Nachverdichtung statt Zersiedelung fördern, um den Flächenverbrauch zu stoppen. Darüber hinaus wollen wir modulares Bauen sowie das Bauen mit Holz und anderen regionalen und nachwachsenden Materialien fördern und die Nutzung erneuerbarer Energien ausweiten.“ S. 69

Quelle: https://wahlprogramm.dielinke-brandenburg.de/wp-content/uploads/sites/38/2024/07/A2_Fachpositionen.pdf



“Im schulischen Bereich ist der Wissensvermittlung über die Folgen des Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsums eine stärkere Aufmerksamkeit als bisher einzuräumen.“ S. 14

“Wir stehen für eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer nachwachsenden Ressourcen durch moderne, wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe in einer am marktwirtschaftlichen Bedarf ausgerichteten Kombination aus konventionellem und ökologischem Landbau ohne Abhängigkeiten von EU-Ausgleichszahlungen. Um die Zukunft unserer heimischen Landwirtschaft und des regionalen Ernährungshandwerks zu sichern, wollen wir den Bürokratieaufwand in der landwirt-

schaftlichen Produktion reduzieren und die Bewirtschaftungsauflagen für Landnutzer an EU-Standards anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu erhalten bzw. wiederherzustellen.“ S. 29

Quelle: <https://bvb-fw.de/wp-content/uploads/2024/05/2024-BVB-FW-Wahlprogramm-A4-interaktiv.pdf>



“Wir Freie Demokraten betonen die Bedeutung des Schutzes Jugendlicher vor Drogen und streben eine bessere Verknüpfung mit Präventions- und Hilfsmaßnahmen an. Cannabis wird auf dem illegalen Markt oft verunreinigt und mit suchtfördernden Zusatzstoffen versehen. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis kann das Risiko für Jugendliche, mit Kriminalität und Suchtstoffen in Kontakt zu kommen, senken. Unser Ziel ist eine wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik, die Prävention und Gesundheitsschutz in den Vordergrund stellt.

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um spezialisierte Einrichtungen bereitzustellen, die Abhängigen direkten Zugang zu Therapieberatung und medizinischer Versorgung ermöglichen. Zudem ist es entscheidend, akzeptanzorientierte Einrichtungen aufrechtzuerhalten, die Schwerstabhängigen Überlebenshilfe leisten und oft als erste Anlaufstellen für spätere Therapien dienen.
- Zusätzlich zur geplanten „Teillegalisierung“, setzen wir uns für eine vollständige Legalisierung von Cannabis ein. Wir werden Cannabis kontrolliert zulassen und dessen Konsum, Anbau und Besitz für Erwachsene ermöglichen. Nur mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Drogen- und Suchtpolitik kontinuierlich an häufig auftretende Suchtformen und -substanzen angepasst wird, da die Zahl der Betroffenen in diesem Bereich stetig steigt. Dies beinhaltet geeignete Präventions- und Hilfsmaßnahmen für Herausforderungen wie synthetische Drogen (wie Crystal Meth), Internet- und Spielsucht sowie exzessiven Alkoholkonsum.
- In allen Oberzentren soll es Angebote des Drug-Checkings geben. Das dient dem Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten und schont so das Gesundheitssystem.“ S. 55 f.

Quelle: <https://fdp-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/07/2024-07-15-fdp-wahlprogramm-brandenburg-2024.pdf>

BSW

Keine Suchtreffer.

Quelle: https://bb.bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/07/BSW_Wahlprogramm_Brandenburg.pdf



Keine Suchtreffer.

Quelle: <https://plusbrandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/Wahlprogramm-Plus-Brandenburg-Webseite.pdf>

Weitere Informationen zu den Themen unserer Fachbereiche Medizinalcannabis, Industriehanf, Technik, Handel & Dienstleistung sowie Genussmittelregulierung finden Sie hier:

<https://cannabiswirtschaft.de/publikationen/>